



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Georgien 2019

Strafrechtliche Ermittlungen gegen mutmaßlichen Amtsmissbrauch lieferten keine greifbaren Ergebnisse.

Im November begann der staatliche Inspektionsdienst seine Untersuchungen schwerer Verbrechen, einschließlich Folter und andere Misshandlungen, die von öffentlichen Stellen begannen, wurden. Die Staatsanwaltschaft behält jedoch die Aufsichtsfunktion über die Ermittlungen.

Die Untersuchung der Tötung des 18-jährigen Temirlan Machalikashvili im Jahr 2017 durch den staatlichen Sicherheitsdienst während eines Anti-Terror-Einsatzes in Pankisi Gorge wurde nicht abgeschlossen. Seiner Familie wurde der Opferstatus verwehrt, daher erhielten sie keinen Zugang zum Beweismaterial. Ihre Einwände gegen die Behauptung, dass Temirlan Machalikashvili eine Granate während seiner Festnahme bei sich zu Hause zünden wollte, wurden abgewiesen.

Die Untersuchung der Entführung des aserbaidischen Investigativ-Journalisten Afghan Mukhtarli im Jahr 2017 mutmaßlich durch georgische Sicherheitskräfte blieb offen und ohne Ergebnis. Er wurde gegen seinen Willen nach Aserbaidschan überführt, wo er wegen erfundener Anklagepunkte des illegalen Grenzübertritts und der Geldwäsche im Gefängnis ist.

Im Juni wurde ein Teilnehmer einer Schulschlägerei des Jahre 2017 verhaftet, dem Mord vorgeworfen wird. Zwei Jahre lang hat sich Zaza Saralidze, der Vater eines der Opfer, David Saralidze, für Gerechtigkeit und gegen die initialen Ergebnisse der durchgeführten Ermittlung, engagiert. Er behauptete, dass der Mörder vor Ermittlungen durch Beamte der Staatsanwaltschaft und des Innenministeriums geschützt wird. Trotz der Verhaftung des Verdächtigen im Juni wurden keine Ermittlungen gegen Beamte eingeleitet, die für den Kriminalfall verantwortlich waren. Eine parlamentarische Untersuchung benannte zehn Beamte der Staatsanwaltschaft und des Innenministeriums, die für die Vertuschung verantwortlich waren.

Die Polizei wendete unverhältnismäßige und willkürliche Gewalt am 20. Juni an, um eine Demonstration gegen die Regierung in Tiflis aufzulösen, bei der mehrere Tausend Menschen teilnahmen. Die Polizei schoss Gummigeschosse und Tränengas auf die Demonstranten, nachdem einige versuchten, das Parlament zu stürmen. Videoaufnahmen zeigen, dass die Polizei unterschiedslos feuerte die Gummigeschosse und Tränengaszylinder unterschiedslos auf die Demonstranten, unabhängig davon, ob es sich um die wenigen gewaltbereiten Demonstranten oder die friedliche Mehrheit handelte. Circa 240 Personen wurden dabei verletzt, darunter 40 Journalisten. Mehr als 100 Teilnehmer wurden unter der Anklage der Störung der öffentlichen Ordnung und Konfrontation mit der Polizei festgenommen. Die meisten von ihnen wurden nach 15 Tagen Administrativhaft freigelassen.

Die öffentlichen Stellen begannen eine Ermittlung wegen der Vorkommnisse. Dabei wurde gegen 17 Teilnehmer der Demonstration, darunter ein Abgeordneter einer Oppositionspartei, und gegen vier Polizisten ermittelt.

Während neuer Proteste im Dezember, die zum Ziel eine Wahlrechtsreform hatten, wurden von der Polizei Wasserwerfer eingesetzt, als Demonstranten den Eingang in das Parlament blockierten.